

Den Haushalt 2013 sicher im Griff - die LGS fest im Blick -

1. Einleitung

1.1 Rahmenbedingungen

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn Sie einen Blick in den Haushaltsplan 2012 und dort in die mittelfristige Finanzplanung werfen, können Sie feststellen, dass für das anstehende Haushaltsjahr 2013 eine Zuführungsrate, also der Überschuss aus der laufenden Rechnung des Verwaltungshaushaltes, von 6,1 Mio. Euro ausgewiesen ist.

Ich stelle eine gute Nachricht gleich an den Anfang:

Wir können diesen an sich schon hohen Wert mit dem Ihnen heute vorgelegten Haushaltsentwurf auf über 8,0 Mio. Euro steigern.

Eine wesentliche Grundlage hierfür bieten die auf den aktuellen Steuerschätzungen basierenden Orientierungsdaten, die nicht nur für 2013, sondern darüber hinaus bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes 2016 eine stabile wirtschaftliche Entwicklung mit tendenziell steigenden Steuereinnahmen für alle Gebietskörperschaften aufzeigen.

Bei aller Freude über diese Einschätzung, leise Zweifel bleiben. Denken wir an die Erfahrung der letzten Jahre. Die Wirtschaftsforschung hat weder den schweren Konjunkturunbruch 2009 noch die rasante Erholung der deutschen Wirtschaft in den Jahren 2010 und 2011 so prognostiziert. Irren ist also auch auf diesem Feld menschlich.

Ich meine daher, trotz aller guten Vorzeichen sollten wir unseren bisherigen Weg einer soliden und vorausschauenden Finanzpolitik treu bleiben, zumal wir mit der Landesgartenschau (LGS) ein Projekt vor uns haben, das unsere finanziellen Kräfte stark beanspruchen wird.

Deshalb werden wir auch weiterhin an den Strukturen unseres Haushaltes arbeiten. Es ist vorgesehen, die hierfür eingesetzte Kommission Anfang kommenden Jahres zu einer Sitzung einzuladen.

1.2 Entwicklung der städtischen Finanzen

Wir gehen in die nächsten Jahre mit einer akzeptabel dotierten Rücklage. Die überraschend guten Ergebnisse der beiden vergangenen Rechnungsjahre haben einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, unsere Reserven aufzustocken.

Aktuell steht ein einsetzbarer Rücklagenbestand von knapp 10,2 Mio. Euro zur Verfügung.

Auch für das laufende Jahr zeichnet sich ab, dass das Ergebnis deutlich über Plan liegen wird. Die Verwaltung geht derzeit davon aus, dass die mit rd. 2,5 Mio. Euro vorgesehene Rücklageentnahme nicht benötigt wird. Diese Erwartung hat auch schon Eingang gefunden in die mittelfristige Finanzplanung.

Die erheblichen Ergebnisverbesserungen haben zu kritischen Äußerungen im Gemeinderat geführt. Dabei wurde eine vermeintliche Übervorsicht der Kämmerei bei der Einschätzung der Einnahmen reklamiert. Der Kämmerer hat hierzu schon Stellung genommen.

Ich will aber auch von meiner Seite aus betonen:

Das ist definitiv nicht der Fall ! Unsere Haushalts- und Finanzpolitik ist von Umsicht geprägt. Natürlich kennen wir die Entwicklungsaufgaben der Stadt. Wir kennen aber auch und vor allem unsere eigene Finanzkraft sowie den Rahmen externer Zuflüsse.

Wesentliche Positionen der externen Mittelzuflüsse -zu nennen sind hier vor allem die Schlüsselzuweisungen und die Einkommensteuerbeteiligungen- werden nach den vom Landesfinanzministerium herausgegebenen Orientierungsdaten veranschlagt. Diese Orientierungsdaten basieren auf den offiziellen Steuerschätzungen und diese wiederum auf den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute und der Bundesregierung zur volkswirtschaftlichen Entwicklung.

Wenn –und ich habe das vorhin schon ausgeführt- hier Fehleinschätzungen vorgenommen werden, dann haben wir deren Auswirkungen eben auch in unserem Haushalt. Eine Erfahrung, die wir mit den meisten Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg, aber auch in anderen Bundesländern teilen würden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die dem gedruckten Haushaltsentwurf beigefügten Unterlagen verweisen. Sie finden hier erstmals eine Kopie des Haushaltserlasses mit einem Berechnungsblatt für die Finanzausgleichsleistungen.

Wie auch immer: Freuen wir uns über die Ergebnisverbesserungen, sie helfen uns bei der finanziellen Gestaltung der nächsten Jahre.

2. Haushaltsentwurf 2013

2.1 Verwaltungshaushalt

Im Folgenden möchte ich nun einige Aspekte des Ihnen heute vorgelegten Haushaltsentwurfs ansprechen.

Zunächst der Verwaltungshaushalt:

Die Situation, in der wir stehen, lässt sich am besten beschreiben anhand der Zahlen des Einnahmeblocks Steuern und allgemeine Zuweisungen. Im Rechnungsergebnis 2011 –das ist jetzt gerade mal 11 Monate hier- konnten wir hier eine Gesamtsumme von knapp 59,0 Mio. Euro ausweisen. Der vorliegende Entwurf sieht Einnahmen von 68,5 Mio. Euro vor, ein plus von über 9,0 Mio. Euro. Davon entfallen auf unsere eigenen Steuern -Grund-, Gewerbe- und Vergnügungssteuer- nur knapp 3,0 Mio. Euro. Der Löwenanteil von 6,6 Mio. Euro kommt aus den Steuerbeteiligungen und Zuweisungen, die uns aus dem großen Gemeinschaftstopf zufließen. Dass die eigenen Steuerquellen in dieser Höhe fließen, ist auch unsere eigene politische Entschlusskraft. Ich erinnere an unsere diesbezüglichen Beschlüsse.

Die Zahlen machen einmal mehr deutlich, dass die Abhängigkeit von externen Mittelzuflüssen weiter zu nimmt. Trübt sich der Konjunkturmilieu ein, können sich für uns schnell Probleme bei der Finanzierung notwendiger Investitionen einstellen. Unverändert gilt daher, dass wir unserer eigenen Finanzierungskraft weiterhin besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen müssen.

Diesem beachtlichen Einnahmewachstum stehen auch Ausgabensteigerungen gegenüber.

Die Personalkosten erhöhen sich, nach gegenwärtigem Sachstand, im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr um rd. 870.000 € auf nahezu 24,8 Mio €. Hier spiegelt sich, neben den nicht beeinflussbaren Tarif- und Besoldungserhöhungen, insbesondere auch der enorme zusätzliche Stellenbedarf in der Kinderbetreuung mit anteiligen Personalmehrkosten von ca. 340.000 € wieder. Die in der zweiten Jahreshälfte 2013 anstehende Eröffnung der Kita Alleestraße sowie die Betriebsübernahme der Kita „Arche Noah“ steht diesbezüglich stellvertretend für die Notwendigkeit von über 20 zusätzlichen Vollzeitstellen im Erziehungsbereich.

Darüber hinaus muss den wachsenden Anforderungen an die Verwaltung Rechnung getragen werden.

Uns wachsen von Außen Aufgaben zu. Nehmen Sie als Beispiel eben die Kinderbetreuung. Diese Leistung müssen wir erbringen. Natürlich wollen wir aber auch die bestmögliche Betreuung der Kinder und eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie für unsere Bürger.

Anderes wollen wir selbst gestalten. Als Beispiel möchte ich an dieser Stelle die intensiv betriebenen Vorarbeiten zur Landesgartenschau nennen. Oder, jüngst, der Aufbau eines Klimaschutzkonzeptes, das natürlich auch umgesetzt werden soll oder das Fahrrad- und Fußwegekonzept.

Alles dieses zeigt: Was uns vor allem eint, ich meine Gemeinderat und Verwaltung, ist der Wille, unsere Stadt in allen Facetten voranzubringen.

Die geplanten Maßnahmen kosten für sich genommen Geld. Hinzu kommt der Personalbedarf für die Planung und Durchführung der Arbeiten und das bedeutet wiederum Geld.

Ich weiß es und Sie wissen oder spüren es zumindest:

In Teilen unserer Verwaltung sind die Grenzen der Verarbeitungskapazitäten erreicht, an mancher Stelle –denken Sie an die Haushaltsreste- vielleicht sogar schon überschritten. Es war auch das Bemühen, diesen Aspekt bei der Ausarbeitung des Verwaltungsentwurfs zu berücksichtigen.

Ohne Frage hat der Gemeinderat bei der Ausübung des Königsrechts einen eigenen Gestaltungswillen. Aber, neben finanzpolitischen Gesichtspunkten, muss sicher gestellt sein, dass die im Haushaltsjahr zum Vollzug übertragenen Aufgaben von der Verwaltung auch geleistet werden können.

Ich ziehe bewusst eine Parallele:

In der jüngeren Vergangenheit gab es Äußerungen aus den Reihen des Gemeinderates mit dem Hinweis, dass die eigenen ehrenamtlichen Kapazitäten begrenzt seien und die frühzeitige und breite Einbindung durch die Verwaltung bei wichtigen Vorhaben zeitlich auch bewältigt werden muss.

Ich kann Ihnen an dieser Stelle nicht versprechen, dass ich Sie in Zukunft weniger einbinden werde. Eher im Gegenteil ! Der Gemeinderat ist das oberste Organ, die Verwaltung ist vollziehendes Organ. Überall dort, wo eine eingehende und umfassende Abstimmung mit der politischen Ebene unabdingbar ist, muss sie auch künftig erfolgen. Dies gilt für Entscheidungen, die neue Themen oder Entwicklungen ermöglichen sollen. Dies gilt aber auch für Entscheidungen, bestimmte Dinge im gewissen Umfang oder gar nicht mehr tun zu wollen.

Wir können nicht nur hinzufügen, wir müssen auch die Kraft haben, an anderer Stelle weniger zu tun. So etwas kann nur im politischen Prozess geschehen.

Deshalb muss es weiterhin die intensive Zusammenarbeit des Gemeinderates mit der Verwaltung, auch in Form von Klausuren und Workshops geben. Ich spüre aber auch, dass unverändert eine große Übereinstimmung besteht, die gute und intensive Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Verwaltung uneingeschränkt fortzusetzen.

Neben den Personalkosten weisen im Vergleich zu den Ansätzen des laufenden Jahres auch die Sachausgaben einen Anstieg aus. Im Wesentlichen ist dies zurückzuführen auf eine um 660.000 Euro erhöhte Bauunterhaltung. Hier fällt insbesondere die Unterhaltungs- und Brandschutzmaßnahme im Scheffel-Gymnasium mit zusammen rd. 950.000 Euro ins Gewicht. Die Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen erhöhen sich im Vorjahresvergleich um 650.000 Euro. Hier wirken sich zunehmende Projekt-, Sach- und Honorarkosten u.a. für die Landesgartenschau aus.

Mit einem einnahmeseitig bestimmten Gesamtvolumen von annähernd 96,0 Mio. Euro übersteigt der Verwaltungshaushalt seine Vorgänger deutlich.

2.2. Vermögenshaushalt

Ich komme zum Vermögenshaushalt:

2.2.1 Investive Maßnahmen

Mit über 13,8 Mio. Euro weist der Entwurf ein Volumen aus, das ebenfalls deutlich über dem der Vorjahre liegt. Schwerpunkte stellen die Landesgartenschau und erneut die Investitionen in die Kinderbetreuung dar.

Für die Landesgartenschau stehen 1,36 Mio. Euro als Ansatz und über 1,2 Mio. Euro als Verpflichtungsermächtigung bereit. Die Mittel sind bestimmt für die Restfinanzierung des Grunderwerbs und die Fortführung der Planungen.

Bei der Kinderbetreuung stehen zwei Maßnahmen im Vordergrund. Für die Kindertagesstätte Alleestraße sind 1,9 Mio. Euro veranschlagt. Das Vorhaben wird zusammen mit dem privaten Kinoprojekt umgesetzt und muss bis Jahresende –auch wegen der Förderung- abgeschlossen sein.

Weiter sind als 2. Baurate 840.000 Euro eingestellt für die Eigenrealisierung des Ersatzneubaues Arche Noah in der Heiligenstraße.

Die Verwaltung prüft derzeit das Angebot eines Investors für ein Mietmodell. Wir werden Sie bei den Haushaltsberatungen über das Ergebnis unterrichten. Sollte sich das Angebot insgesamt als günstig erweisen, könnte dieser Mittelansatz möglicherweise entfallen.

Für Straßenbauprojekte in den Stadtteilen sind insgesamt über 1,2 Mio. Euro enthalten.

Davon entfallen auf	<u>Euro</u>
- den Ausbau der Hugsweierer Kirchstraße	350.000
- den im Rahmen des ELR-Programms geförderten Ausbau der Wylerner Hauptstraße	510.000
- den Gehwegausbau in der Kuhb.-Hauptstraße	100.000
- die Brücke über den Gereutertalbach in Reichenbach	140.000
- den Ausbau der Oberdorfstraße in Sulz	130.000

Mit der Umgestaltung der Otto-Hahn-Real-Schule zur Ganztagesesschule erscheint eine weitere Großmaßnahme im Bildungsbereich in unserem Haushalt. 200.000 Euro als Ansatz und eine Verpflichtungsermächtigung über 1,0 Mio. Euro stehen für dieses Projekt bereit. Nach Abzug der erwarteten Förderung verbleibt der Stadt ein Eigenanteil an den Gesamtkosten von 3,6 Mio.. Allerdings bestehen noch offene Fragen über die Ausgestaltung, die einer weiteren Klärung bedürfen.

Mit der technisch unabdingbar notwendigen Sanierung der Brücke am Hohbergweg, veranschlagt mit 960.000 Euro, haben wir eine weitere Maßnahme in den Entwurf eingestellt, die noch nicht abschließend festgelegt ist.

Derzeit wird untersucht, ob die Sanierung als Maßnahme des Bundes mit einer Kostenbeteiligung der Stadt realisiert werden kann. Ich hoffe, dass wir Ihnen zu den Haushaltsberatungen abschließende Informationen geben können.

Für den möglichen Erwerb des Flughafens haben wir keine Mittel in den Entwurf aufgenommen.

Die Verhandlungen stehen kurz vor dem Abschluss. Ich gehe davon aus, dass wir Sie in den nächsten Wochen umfänglich und öffentlich über das Ergebnis unterrichten können.

Es ist vorgesehen, den Erwerb im regulären Haushaltsplan 2013 abzuwickeln. Die Finanzierung soll über eine entsprechend erhöhte Rücklageentnahme erfolgen.

Der Zeitplan ist eng gestrickt. Nach dem heutigen Stand wird es nicht möglich sein, den Posten schon bei den Haushaltsberatungen am 03. Dezember aufzurufen. Voraussichtlich können wir die Angelegenheit erst kurzfristig vor der für den 17. Dezember vorgesehenen Verabschiedung des Haushaltes einbringen.

Ich hoffe, dass Sie diesen außergewöhnlichen Weg im Hinblick auf die besondere Bedeutung des Erwerbsvorgangs mit gehen können.

Nach dem Kauf des Ost- und Westareals im Dezember 1996 setzen wir mit dem Erwerb der Flugbetriebsflächen die Entwicklung im Westen der Stadt fort. Wir gewinnen weiteren Handlungsspielraum im Interesse der Zukunft unserer Stadt.

Die wiederholte Geschlossenheit des Gemeinderates bei dieser Entscheidung hat uns bei den Verhandlungen mit der BIMA viel Rückhalt gegeben.

Ich danke Ihnen hierfür !

Im heute vorgelegten Haushaltsentwurf ebenfalls noch nicht enthalten ist die vorgesehene Erhöhung der städtischen Förderung der Modernisierungsmaßnahmen im unserem Alten- und Pflegeheim Spital. Das Vorhaben soll im Frühjahr abgeschlossen sein. Derzeit werden die Kostenermittlungen aktualisiert. Wir werden diesen Posten bei den Haushaltsberatungen aufrufen.

2.2.2 Finanzierung des Vermögenshaushaltes

Mit einer Zuführungsrate von über 8,0 Mio. Euro können wir einen Rekordwert ausweisen. Damit stehen 6,0 Mio. Euro als Netto-Investitionsrate zur Finanzierung der investiven Maßnahmen zur Verfügung. Unter Berücksichtigung weiterer Einnahmepositionen müssen wir nach dem Zahlenstand des Entwurfs rd. 930.000 Euro aus der Rücklage zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes entnehmen. Dieser Wert wird sich insbesondere durch den Flughafenerwerb bis zur endgültigen Beschlussfassung natürlich deutlich nach oben verschieben.

Wie seit 15 Jahren soll es auch im kommenden Jahr keine Neuverschuldung im Haushalt geben.

2.3 Mittelfristige Finanzplanung

Mit der mittelfristigen Finanzplanung schauen wir bis ins Jahr 2016. In den Jahren 2014 bis 2016 sind für Bau-maßnahmen insgesamt 35,0 Mio. ausgewiesen, davon entfallen auf die Landesgartenschau 16,0 Mio. Euro.

Diese Zahlen zeigen:

Die Landesgartenschau steht in den nächsten Jahren im Vordergrund.

Sie zeigen aber auch:

Wir wollen nicht nur „Landesgartenschau machen“, sondern begleitend im Rahmen des Möglichen die Entwicklung der Stadt und der Stadtteile weiter voranbringen.

Es ist gemeinsames Verständnis, dass die LGS mehr ist als Bäume, Sträucher, bunte Beete und ein buntes Veranstaltungsprogramm über ein paar Monate im Jahr 2018.

Die Landesgartenschau ist ein Stadtentwicklungsprogramm. Unsere Stadtlandschaft ändert sich, Bauwerke entstehen, ein See wird geschaffen.

Wir wollen zukunftsfähige und nachhaltig wirkende Vorhaben umsetzen.

Das Vorhaben der LGS ist aber gleichzeitig ein Qualifizierungsprogramm für alle Bereiche der Stadtverwaltung.

Wir wachsen mit dieser Herausforderung !

Im Moment sprechen wir noch von „Briefmarken“ auf dem Landesgartenschauengelände: Römerhaus, Bürgerzentrum mit Kindertagesstätte, Multifunktionshalle, Sportanlagen. Darüber hinaus stehen eine Reihe von Maßnahmen auf der Liste wie beispielsweise die Nutzung der Tonofenfabrik als stadthistorisches Museum oder die Umgestaltung des Bahnhofsumfelds. Der Gemeinderat wird in den nächsten Monaten eine intensive Diskussion darüber führen, welche dieser Maßnahmen realisiert werden sollen. Ein wesentliches Kriterium für die Entscheidungsfindung wird die nachhaltige Wertigkeit der einzelnen Objekte sein.

Unverändert gilt, dass wir den Kernbereich der Landesgartenschau, also die Daueranlagen und die Brücke, ohne neue Schulden finanzieren wollen. Der Blick bis 2016 zeigt, dass dieses Ziel erreichbar ist.

Aber es muss m.E. auch gesagt werden, dass es eine LGS auf dem „Armenweg“ nicht geben kann. Wir werden uns bestimmt nicht übermütig vom „goldenen Zügel“ bestimmter Zuschüsse lenken lassen. Wir werden aber dort zugreifen und durch Kredite vorfinanzieren, wo wir das von langfristigem Interesse der Stadt her für geboten halten.

Nach welchen wesentlichen Kriterien bemisst sich der Erfolg der LGS 2018 ?

Ich nenne einige:

- nach der gelungenen Umsetzung des landschaftsplanerischen Konzepts inkl. See und Brückenschlag
- nach der Qualität und Resonanz der Veranstaltungen
- nach den Besucherzahlen und damit auch verbunden, nach dem finanziellen Abschluss der LGS im engeren Sinne,

- für uns alle wichtig, ist sicherlich auch, dass die geschaffene Infrastruktur (z.B. See, Römerhaus oder Bahnhofsvorplatz.) über die LGS hinaus zur Stadt passen und auch unterhalten werden kann.

Für mich heißt das zusammengefasst auch, dass der Schuldenstand der Stadt nach 2018 auch ein Kriterium für den Erfolg der LGS ist.

Gleichzeitig gilt es aber auch hervorzuheben, dass wir nicht große und wiederholte Anstrengungen unternommen haben, den Zuschlag zur LGS zu erhalten, um dann plötzlich Angst vor der eigenen Courage zu bekommen.

In einem Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden und den finanzpolitischen Sprechern haben wir eine Erstbewertung der Zahlen der mittelfristigen Finanzplanung vorgenommen.

Es bestand weitgehend Einigkeit, dass es bei der Finanzierung der über den Kernbereich hinausgehenden Maßnahmen ohne Neuverschuldung nicht geht, aber die Skala nach oben hin nicht offen ist.

Es wird also in Abstimmung mit dem Gemeinderat eine Kreditdeckelung für die weitere Planung geben.

3. Schlussbemerkungen

Ich komme zum Schluss:

Wir haben uns in Erstein das Ziel der Nullverschuldung des städt. Haushaltes gesetzt.

Seit der aktuellen Finanzkrise, die 2008/2009 begonnen und sich erstmals im Haushalt 2010 massiv niedergeschlagen hat, fahren wir mit der Prognose der Nullverschuldung auf Sicht und planen von Jahr zu Jahr.

Zusätzlich sind weitere große Investitionsposten dazugekommen: Die LGS und der Erwerb der Flugbetriebsflächen. Zuvor wurde schon das Konjunkturprogramm II als Extramaßnahmenpaket finanziert. Trotzdem legen wir Ihnen erneut einen schuldenfrei finanzierten Gesamthaushalt 2013 vor.

Der Haushaltsentwurf 2013 ist ein Werk mit investiven Schwerpunkten in der Infrastruktur, in den Stadtteilen sowie in der Kinderbetreuung und Bildung.

Es sind Schwerpunkte nachhaltigen Wirtschaftens, die uns in die Lage versetzen, zu agieren wie der immer wieder zitierte private Häuslebauer:

Es wird dort am meisten in das Haus investiert, wo es mehreren Generationen höhere Lebensqualität verschafft! Das gelingt uns 2013 in hohem Maße. Und wir verschaffen uns weiteren Handlungsspielraum für die nächsten Jahre

- in der Finanzwirtschaft und für die Standortentwicklung.

Ich will Ihnen nicht nur für Ihre Aufmerksamkeit bedanken, sondern auch für die gute Zusammenarbeit bei der Umsetzung des laufenden Haushaltes.

Uns allen wünsche ich einen guten Verlauf der Haushaltsberatungen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.